

## Deutsche Wirtschaft weiter in der Rezession

PROGNOSEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN  
ENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND 2024 – 2026

30. DEZEMBER 2024

KONTAKT:  
TELEFON: +49-431-530 3496  
CARSTEN-PATRICK.MEIER@KIEL-ECONOMICS.DE

KONTAKT:  
TELEFON: +49-431-530 3496  
CARSTEN-PATRICK.MEIER@KIEL-ECONOMICS.DE

# Deutsche Wirtschaft weiter in der Rezession

CHRISTOPHER DAHL, FINN DUMOULIN  
UND CARSTEN-PATRICK MEIER

Frühindikatoren und Modellberechnungen deuten darauf hin, dass die deutsche Wirtschaft im Jahr 2025 in der Rezession bleibt. Angesichts des Arbeitskräftemangels wird die Arbeitslosigkeit gleichwohl nur wenig steigen. Der Preisauftrieb beruhigt sich. An der Wirtschaftspolitik der zukünftigen Bundesregierung ist es, für eine Entfesselung der Wachstumskräfte zu sorgen. Sie sollte sich dabei von den Reformen der Jahre 2003 – 2005 inspirieren lassen, die einen Beschäftigungsaufschwung auslösten, der erst im Mai des abgelaufenen Jahres zu seinem vorläufigen Ende gekommen ist. Das heutige Gegenstück dazu wäre eine scharfe Kurskorrektur in der Rentenpolitik, die entweder das Renteneintrittsalter oder das Rentenniveau an die demographischen Realitäten anpasst. Hinzu käme eine Klimapolitik, die eine international abgestimmte CO<sub>2</sub>-Bepreisung in den Mittelpunkt stellt.

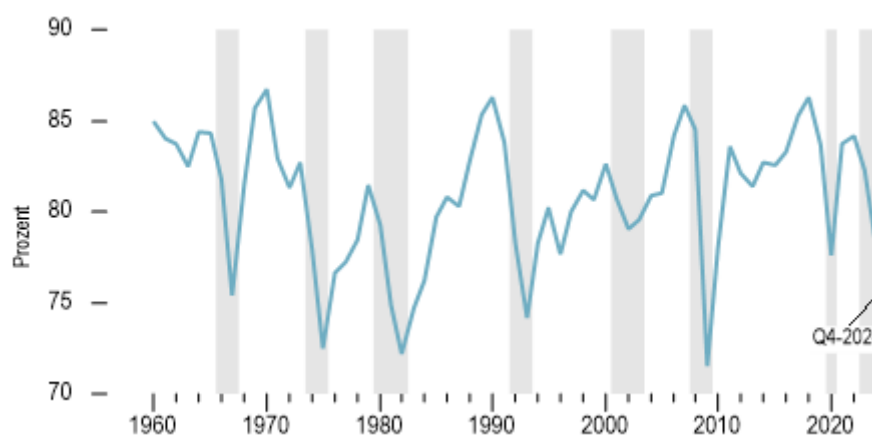
## *Überblick*

Zum Jahreswechsel 2024/2025 befindet sich die deutsche Wirtschaft weiter in der Rezession. Zwar ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im dritten Quartal 2024, der vorläufigen Schätzung des Statistischen Bundesamts zufolge, geringfügig gestiegen. Im Schlussquartal des Jahres dürfte es jedoch abermals gesunken sein. Darauf deuten sowohl die Eintrübung der Geschäftslageeinschätzung durch die Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft als auch der deutliche Rückgang der Industrieproduktion im Oktober hin. Im Jahresdurchschnitt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 0,2 Prozentpunkte gesunken sein, nachdem es bereits im Jahr zuvor um 0,3 Prozent zurückgegangen war.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich damit weiter in der Rezession. Neben den 2023 und 2024 eingetretenen Rückgängen des realen Bruttoinlandsprodukts, zeigen dies auch Umfragewerte zum Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten im verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe an. Der Auslastungsgrad für diese beiden Wirtschaftszweige zusammengenommen eignet sich, außer in Phasen, in denen sich das Arbeitskräftepotentials stark verändert, gut als Näherung für die gesamtwirtschaftliche Produktionslücke. Im Schlussquartal 2024 betrug dieser Auslastungsgrad 75,4 Prozent und notierte damit auf einem Niveau, das auch in früheren Rezessionen bereits zu beobachten war (Abb. 1).

Zu Jahresbeginn 2025 dürfte sich die Abnahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion fortsetzen. Zwar ist der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe seit dem Sommer

ABB. 1: KAPAZITÄTSAUSLASTUNGSGRAD IM PRODUZIERENDEN GEWERBE ZEIGT REZESSION AN



Anmerkungen: Rezessionsphasen grau hinterlegt. Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe gemäß Umfragen, gewichtet mit den Anteilen der beiden Wirtschaftszweige an ihrer gemeinsamen Bruttowertschöpfung.

Quelle: ifo Institut, eigene Berechnungen.

in der Tendenz leicht aufwärtsgerichtet. Es handelte sich dabei aber weit überwiegend um Großaufträge, die typischerweise nicht unmittelbar produktionswirksam werden. Die Produktionserwartungen der Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes haben sich im Jahreschlussquartal jedenfalls nochmals deutlich verschlechtert. Die im gleichen Zeitraum ebenfalls weiter gesunkenen Geschäftserwartungen in der gewerblichen Wirtschaft, die typischerweise zwei oder drei Monate Vorlauf vor dem Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe haben, weisen darauf hin, dass die Auftragszunahme vom Herbst eher vorübergehender Natur war (Abb. 2).<sup>1</sup> Die Frühindikatoren weisen insofern auf eine Abnahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion im laufenden Winterhalbjahr hin, welche die Wahrscheinlichkeit eines Produktionsplus im Jahresdurchschnitt spürbar vermindern würde. In dieselbe Richtung deutet auch der Vergleich des Niveaus der Geschäftserwartungen im Dezember mit früheren Jahresendständen (Abb. 3). Danach gingen Dezemberwerte der Geschäftserwartungen in Höhe von 85 bzw. 83, wie sie im laufenden bzw. im letztjährigen Dezember zu beobachten waren, in der Vergangenheit im Folgejahr mit einer Rezession einher – hier definiert als Rückgänge des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahresdurchschnitt.

Wir erwarten, dass sich die Konjunktur im Frühjahr stabilisieren und zum Jahresende hin dann wieder Fahrt aufnehmen wird. Aufgrund der Schwäche im laufenden Winterhalbjahr dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt abermals um 0,2 Prozent sinken (Tab. 1). Im Jahr 2026 setzt sich die Erholung fort. Wie für das erste Nachrezessionsjahr typisch, wird die gesamtwirtschaftliche Produktion dann relativ kräftig anziehen. Wir erwarten einen jahresdurchschnittlichen Anstieg um 2,2 Prozent. Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich zunächst weiter eintrüben. Die Beschäftigung wird abnehmen, auch wenn sich die Unternehmen aufgrund der knappen Fachkräfte nur ungern von ihrem Personal trennen werden wollen und daher in größerem Umfang die Kurzarbeit in Anspruch nehmen werden. Die Arbeitslosigkeit wird weiter zunehmen. Nach knapp 2,9 Mio. im Jahr 2024 werden im

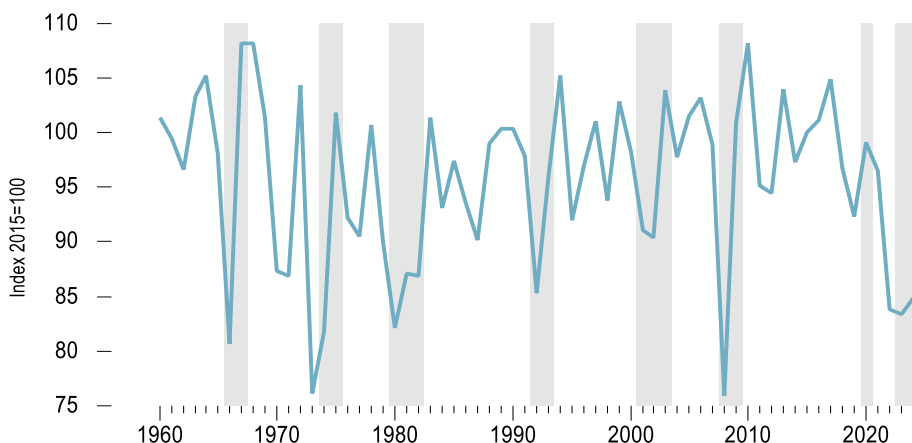
<sup>1</sup> Dass die Bestellungen vor allem von außerhalb des Euroraums kamen, könnte auf vorgezogene Käufe wegen des Risikos steigender Einfuhrzölle in den Vereinigten Staaten hindeuten.

ABB. 2: RÜCKGANG DER GESCHÄFTSERWARTUNGEN ZUM JAHRESENDE SPRICHT GEGEN EINE WEITERE ERHÖHUNG DES AUFTRAGSEINGANGS IM VERARBEITENDEN GEWERBE



Anmerkungen: Auftragseingang in konstanten Preisen, gleitender Zweimonatsdurchschnitt.  
Quelle: Statistisches Bundesamt, ifo Institut.

ABB. 3: DEZEMBERWERT DER GESCHÄFTSERWARTUNGEN KÜNDIGT FORTDAUER DER REZESSION IM JAHR 2025 AN



Anmerkungen: Rezessionsphasen grau hinterlegt. Stand der Geschäftserwartungen in der Gewerblichen Wirtschaft jeweils im Dezember eines Jahres.  
Quelle: ifo Institut.

Jahr 2026 reichlich 3 Mio. Personen als arbeitslos registriert sein. Das liegt auch daran, dass die Unternehmen 2026, im beginnenden Aufschwung, zunächst kein Personal einstellen, sondern zunächst versuchen werden, Produktivitätsreserven auszuschöpfen, die sich in der Rezession ergeben haben.

Der Preisauftrieb wird im laufenden Jahr weiter sinken. Maßgeblich ist dabei, dass aufgrund der schwachen Konjunktur die Preisüberwälzungsspielräume abermals geringer werden. Hinzu kommt, dass die Exportunternehmen auf Einfuhrzölle in den Vereinigten Staaten mit Preissenkungen reagieren, um ihre Anteile an diesem wichtigen Markt möglichst zu halten. Im Jahr 2026 dürften die Preise wieder etwas stärker, aber alles in allem noch stabilitätsgerecht, steigen. Hintergrund sind die deutlich erhöhten Lohnstückkosten.

TAB. 1: ECKDATEN ZUR WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG 2022-2026

	2022	2023	2024	2025	2026
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1.4	-0.3	-0.2	-0.2	2.2
Bruttoinlandsprodukt, Deflator	5.9	6.0	2.9	1.7	2.2
Private Konsumausgaben, Deflator	6.5	6.5	2.6	1.9	2.2
Effektivlohn, Stundenbasis	4.4	5.8	4.9	2.4	2.6
Arbeitsproduktivität, Stundenkonzept	0.1	-0.6	0.0	0.0	2.1
Erwerbstätige, Inland (Tsd. Personen)	45675	46011	46104	46012	45988
Arbeitslose, Inland (Tsd. Personen)	2418	2609	2888	2982	3048
Arbeitslosenquote (Prozent)	5.3	5.7	6.1	6.2	6.3
<i>in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>					
Finanzierungssaldo des Staates	-2.1	-2.6	-2.7	-2.9	-3.0
Schuldenstand	65	62.9	63.9	65.9	66.3
Leistungsbilanzsaldo	4.4	5.9	629.9	513.8	594.4

Anmerkung: Bruttoinlandsprodukt, private Konsumausgaben, Effektivlohn und Arbeitsproduktivität: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Bundesagentur für Arbeit, eigene Prognose.

Hinzu kommen die steigenden Importpreise aufgrund der eingetretenen Abwertung des US-Dollar. Die Verbraucherpreise werden, nach einem Anstieg um voraussichtlich 2,6 Prozent im abgelaufenen Jahr, im Jahr 2025 um 1,9 Prozent und im Jahr 2026 um 2,2 Prozent anziehen.

Vor dem Hintergrund des erheblichen Investitionsstaus, vor allem in den Bereichen Infrastruktur und Verteidigung und des politischen Drucks der Trump-Administration zur Erreichung des NATO-Investitionsziels für die Verteidigungsausgaben, wird in dieser Prognose unterstellt, dass die neue Bundesregierung die dringend benötigten Instandhaltungs- und Neuinvestitionen in die sen Bereichen ungeachtet der damit verbundenen weiteren Verschlechterung der Lage der öffentlichen Finanzen umsetzen wird. Der vorliegenden Prognose wird das Finanzierungsdefizit des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, nach 2,7 Prozent im abgelaufenen Jahr, auf 2,9 Prozent im Jahr 2025 und auf 3,0 Prozent im Jahr 2026 steigen. Angesichts der hohen gesamtwirtschaftlichen Produktionslücke, die sich mit der Rezession ergibt, ist das Haushaltsdefizits konjunktureller Art. Für eine weitere Ausweitung der Renten- und/oder Sozialleistungen oder für Steuererleichterungen einer neuen Bundesregierung dürfte im Rahmen der derzeitigen Regelungen zur verfassungsmäßigen Schuldenbremse gleichwohl kein Spielraum bestehen.

### *Schwäche der deutschen Wirtschaft – konjunkturell oder strukturell?*

Angesichts der fortgesetzten Produktionsabnahme wird zuweilen die Frage aufgeworfen, ob die derzeitige Schwäche der deutschen Wirtschaft nicht nur konjunktureller, sondern auch struktureller Natur ist.<sup>2</sup> Letzteres würde implizieren, dass der Rückgang der samt-

<sup>2</sup> Vgl. z. B. Boysen-Hogrefe et al. (2024), Kein Aufschwung in Sicht, Kieler Konjunkturberichte Nr. 120 (2024, Q4), S. 3, Feld et al. (2024), Staatsingriffe sind Teil des Problems, nicht der Lösung, FAZ vom 16.12.2024.

wirtschaftlichen Produktion nicht allein auf einen Ausfall von Nachfrage zurückginge, sondern zumindest teilweise auf eine Verminderung des Wachstums des Produktionspotentials.

Im ersteren Fall wäre der Rückgang ein vorübergehendes Problem. Für die Wirtschaftspolitik in Deutschland stellte sich dann im Prinzip die Frage, ob sie durch expansive finanzpolitische Maßnahmen zur Stabilisierung der Produktion beitragen soll, wie zuletzt in der Corona-Pandemie. Da in der derzeitigen Krise die Produktionsrückgänge gering sind und der Arbeitsmarkt bislang kaum betroffen war, stellt sie sich in der vorliegenden Lage de facto nicht. Im letzteren Fall wäre es an der Wirtschaftspolitik zu prüfen, auf welche Weise sie die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum verbessern kann. Als Beispiel für eine maßgebliche erfolgreiche wirtschaftspolitische Kurskorrektur in einer gesamtwirtschaftlichen Schwächephase kann die „Agenda 2010“ gelten, die die rot-grüne Bundesregierung im März des Rezessionsjahres 2003 beschloss und ab 2004 umsetzte. Die umfangreichen Reformen des Arbeitsmarktes, der sozialen Sicherung und der Rente waren die strukturelle Grundlage des jahrelangen Aufschwungs der Erwerbstätigenzahlen, der erst in diesem Frühjahr zu Ende gegangen ist. Die Botschaft, die die Daten zur Kapazitätsauslastung im produzierenden Gewerbe (Abb. 1 oben) vermitteln, ist hierzu eindeutig: Der wesentliche Teil der derzeitigen Krise ist konjunktureller Natur. Die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten sind den Umfragen zufolge eindeutig spürbar unterausgelastet.

Für die Prognose impliziert dies, dass für die Zukunft ein beträchtliches Aufwärtspotential besteht. Denn Rezessionsphasen sind immer auch Phasen der Bereinigung, die den Nährboden für einen neuen Aufschwung bilden. Derartige Anpassungen sind bereits unterwegs. So ist es der Europäischen Zentralbank (EZB) mittlerweile gelungen, die Inflation im Euroraum und in Deutschland in der Nähe des Zielwertes von 2 Prozent zu stabilisieren, was bereits die Möglichkeit für Zinssenkungen geschaffen hat, die sich im kommenden Jahr fortsetzen werden. Auch deshalb hat der Euro seit Oktober 7 Prozent gegenüber dem US-Dollar verloren, wodurch sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft um rund ein Prozent erhöht haben dürfte. Gleichzeitig hat sich die Materialknappheit, die eine maßgebliche Ursache für den Inflationsschub im Jahr 2021 und 2022 war, abgebaut. Auch der Mangel an Arbeitskräften hat sich im Zuge der Rezession – wie schon während früherer Rezessionsphasen – verringert, wenn auch von einer vollständigen Normalisierung hier nicht gesprochen werden kann. Dazu passt, dass die in diesem Jahr abgeschlossenen Tarifverträge für 2025 und teilweise auch für 2026 merklich niedrigere Steigerungsraten vorsehen als für das laufende Jahr. Vor diesem Hintergrund ist eine Überwindung der Konjunkturschwäche im Lauf des kommenden Jahres angelegt.

Dessen ungeachtet sollte sich die Wirtschaftspolitik von den rot-grünen Reformen der Jahre 2003 – 2005 inspirieren lassen und für eine ähnliche Entfesselung von Wachstumskräften sorgen. Das heutige Gegenstück zu den Arbeitsmarktreformen der „Agenda 2010“ wäre eine scharfe Kurskorrektur in der Rentenpolitik, die entweder das Renteneintrittsalter oder das Rentenniveau an die demographischen Realitäten anpasst und im Gegenzug die Beiträge der gesetzlichen Renten-, Pflege- und Krankenkassen nicht nur für die Zukunft stabilisiert, sondern sogar spürbar senkt und den Haushaltszuschuss zur Rentenkasse verringert. Die mit einer solchen durchgreifenden Reform verbundene Ausweitung des Potentials an gutausgebildeten und berufserfahrenen Fachkräften schüfe die Ressourcen, mit denen der Staat die seit Langem überfälligen Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Landesverteidigung finanzieren könnte. Käme dann noch eine Klimapolitik hinzu, die eine international abgestimmte CO<sub>2</sub>-Bepreisung in den Mittelpunkt stellt und den Rest – bis auf die notwendige soziale Abfederung des damit verbundenen Kostenanstiegs – den



TAB. 2: RAHMENDATEN FÜR DIE KONJUNKTUR 2022-2026

	2022	2023	2024	2025	2026
Tagesgeldsatz	0.0	3.2	3.6	2.6	2.0
Langfristige Zinsen	1.1	2.4	2.3	2.2	1.7
US-Dollar/Euro	1.1	1.1	1.1	1.0	1.0
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	85.3	87.4	87.9	85.8	85.0
Industrieproduktion Exportmärkte	2.5	-1.7	-1.2	0.0	-0.2
Rohölpreis	98.1	81.6	83.3	75.0	70.0

Anmerkungen: Jahresdurchschnittswerte. Tagesgeldsatz: €STR; langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen; preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 37 Ländern auf Basis von Deflatoren des Gesamtabsatzes, Index, 1999 Q1 = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 43 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorjahr. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB, Deutsche Bundesbank, IMF, International Financial Statistics; eigene Berechnungen und Annahmen.

Marktkräften überlässt, könnte sich in Deutschland über den absehbaren konjunkturellen Aufschwung im nächsten Jahr hinaus neue wirtschaftliche Dynamik entfalten.

#### *Monetäre Rahmenbedingungen weniger restriktiv*

Nachdem sie dem anfänglichen Inflationsschub im Jahr 2021 – wohl auch mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie – nicht entschlossen genug entgegengetreten war, ist die EZB ab Mitte 2022 auf einen stark restriktiven Kurs eingeschwenkt. Es ist ihr seither damit gelungen, den Preisauftrieb im Euroraum wieder zu stabilisieren; für das kommende Jahr ist für Deutschland ein Verbraucherpreisanstieg unterhalb der Zielmarke der EZB von 2 Prozent wahrscheinlich. Der Preis für diesen Stabilisierungserfolg war und ist eine schwache Konjunktur im Euroraum insgesamt, die in einigen Ländern, darunter Deutschland, mit rezessiven Entwicklungen verbunden war bzw. ist. Vor dem Hintergrund des absehbaren Rückgangs des Preisauftriebs hat die EZB auf das Nachlassen der Konjunktur bereits im vergangenen Juni mit einer ersten Senkung des Hauptfinanzierungssatzes von 4,5 auf 4,25 Prozent reagiert und letzteren seither um weitere 1,1 Prozentpunkte herabgesetzt. Der Standardreferenzsatz für Tagesgeld €STR notierte Anfang Dezember bei 2,9 Prozent. Da die EZB für das kommende Jahr weitere Lockerungen angezeigt hat, lag der Satz für Zwölfmonatsgeld Ende Dezember sogar nur bei 2,4 Prozent.

Unternehmen und private Haushalte stehen insofern nicht mehr unter dem unmittelbaren Eindruck deutlicher Zinserhöhungen wie in den Jahren 2023 und 2024. Die Geldpolitik ist vielmehr auf einen Lockerungspfad eingeschwenkt, der am kurzen Ende des Laufzeitspektrums bereits in den Marktzinsen eingepreist ist. Der wichtigste risikolose Marktzins, die Rendite von Bundesanleihen mit 9-10-jähriger Restlaufzeit, lag allerdings Ende Dezember mit 2,3 Prozent nicht niedriger als vor einem Jahr. Dies hat freilich nicht zuletzt mit dem jüngsten Renditeanstieg am amerikanischen Kapitalmarkt zu tun – der in anderer Weise durchaus expansiv wirkte, weil er einherging mit einer Aufwertung des US-Dollar von etwa 1,09 je Euro auf 1,03, durch den sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erhöht hat. Ebenfalls expansiv wirkt der Rückgang der Risikoaufschläge, die Marktakteure und Banken für Kredite verlangen; seit ihrem zyklischen Hochpunkt im Herbst 2023 sind diese um 0,5 bis 1 Prozentpunkt gesunken. Umfragen des Eurosystems zum Kreditgeschäft zufolge wurden zudem die Kreditvergaberichtlinien der Banken zuletzt erstmals wieder gelockert.



Für den Prognosezeitraum erwarten wir – in Übereinstimmung mit der Kommunikation der EZB und den Erwartungen der Marktteilnehmer – weitere Leitzinssenkungen (Tab. 2). Die Kapitalmarktzinsen dürften ebenfalls fallen. Für den Euro-Dollar-Kurs unterstellen wir ein Niveau auf dem zuletzt erreichten Stand. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wird sich dadurch und aufgrund des höheren Preisauftriebs in vielen Teilen der Welt etwas verbessern. Für den Rohölpreis ist, in Übereinstimmung mit Markterwartungen, ein Rückgang auf 70 Dollar je Fass Brent unterstellt.

#### *Umfeld für den Export bleibt schwierig*

Das Umfeld für den Export gestaltete sich bereits vor der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten schwierig. Zwar hat der Welthandel ausweislich der Zahlen des CPB nach dem Rückgang im Jahr 2023 im laufenden Jahr wieder Tritt gefasst und dürfte um reichlich 1,5 Prozent gestiegen sein. Die Aufwärtsbewegung fand allerdings hauptsächlich außerhalb jener Märkte statt, auf denen die deutsche Exportwirtschaft aktiv ist. Deren Volumen dürfte im abgelaufenen Jahr abermals gefallen sein. Weder in Europa, noch in den Vereinigten Staaten entfaltete die Industrie, Hauptabnehmer für deutsche Vorleistungs- und Investitionsgüter, nennenswerte Dynamik. Hinzu kam eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Die neue US-Administration hat angekündigt, Zölle von 10 Prozent für alle US-Einfuhren und von 60 Prozent für chinesische Importe zu erheben. Es ist wahrscheinlich, dass die tatsächlichen Veränderungen geringer sein werden und möglicherweise nur selektiv einige Produkte betreffen. Außerdem wird die Verteuerung deutscher Waren teilweise durch die bereits eingetretene Aufwertung des US-Dollar kompensiert. Wo diese nicht ausreicht, dürften die deutschen Hersteller ihre Gewinnaufschläge verringern, um ihre Preise und damit Marktanteile in den Vereinigten Staaten halten zu können. Insofern dürfte die angekündigte protektionistischere Handelspolitik das Volumen des deutschen Exports zwar beeinträchtigen, aber nicht stark. Die Exportpreise dürften allerdings weniger stark steigen als es vor dem Hintergrund der Abwertung des Euro gegen über dem US-Dollar eigentlich zu erwarten wäre.

Schwierig zu beurteilen ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Frage, inwieweit es durch die angekündigte Anhebung der Zölle auf chinesische Waren zu Handelsumlenkungseffekten nach Europa und Deutschland kommt. Abgesehen davon, dass auch hier das Ausmaß der tatsächlichen Umsetzung hinter den Ankündigungen zurückbleiben wird, ist die handelspolitische Reaktion der EU nicht klar absehbar; möglicherweise würde sie die Schutzzölle ihrerseits erhöhen, damit allerdings das Risiko eines größeren Handelskriegs mit China eingehen. Vor dem Hintergrund der Überkapazitäten der chinesischen Industrie erwarten wir eine verstärkte Penetration des europäischen Marktes durch chinesische Hersteller und stellen dafür dämpfende Wirkungen auf Exportvolumen und Importpreise in die Prognose ein, allerdings in geringfügigem Umfang.

Aufgrund des zunehmenden Protektionismus und der weiter rückläufigen Industriegütermärkte dürfte der Export im Jahr 2025 abermals leicht sinken. In diese Richtung weisen auch die Exporterwartungen der Unternehmen, die nach einer Aufhellung zu Beginn des abgelaufenen Jahres nach der Jahresmitte wieder ungünstiger geworden sind. Wir erwarten für 2025 eine Abnahme der Ausfuhr um 0,6 Prozent. Im Jahr 2026 wird der Export

TAB. 3: INVESTITIONEN 2022-2026

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	2022	2023	2024	2025	2026
Anlageinvestitionen	-0.2	-1.2	-2.1	-1.6	2.0
Ausrüstungsinvestitionen	4.4	-0.8	-4.7	-0.8	1.0
Bauinvestitionen	-4.0	-3.4	-4.1	-2.9	2.5
Sonstige Anlageinvestitionen	2.6	4.6	2.7	-0.7	0.9

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Prognosen.

mit der Aufhellung der weltweiten Industriekonjunktur und der Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Hersteller auf den Weltmärkten um 3,3 Prozent steigen.

### *Investitionen durchschreiten zyklischen Tiefpunkt*

Die Anlageinvestitionen dürften im Jahr 2024 um 2,2 Prozent gesunken sein, einen Prozentpunkt stärker als im Jahr davor. Mit 4,1 Prozent war der Rückgang bei den privaten Bauinvestitionen am stärksten, gefolgt von den privaten Ausrüstungsinvestitionen, die um 2,1 Prozent abnahmen. Die öffentlichen Investitionen dürften hingegen um 0,8 Prozent zugenommen haben.

Die Frühindikatoren für die Investitionstätigkeit deuten darauf hin, dass sich der Abschwung der Investitionen zunächst fortsetzt. So dürfte das Volumen der Baugenehmigungen im Hochbau im abgelaufenen Jahr um mindestens 10 Prozent unter dem Stand des Vorjahres gelegen haben, und das Volumen des Auftragseingangs im Hochbau war wohl rund 5 Prozent geringer. Zwar haben sich bei beiden Indikatoren die Rückgänge verlangsamt, beim Auftragseingang zeichnet sich sogar bereits ein Wiederanstieg ab; hier wirkt sich der leichte Rückgang der Hypothekenzinsen und der Anstieg der Einkommenserwartungen aus. Die zeitlichen Vorläufe implizieren aber, dass die private Bautätigkeit zunächst weiter abnehmen wird. Frühestens ab der zweiten Jahreshälfte 2025 ist mit einem Aufschwung der privaten Bautätigkeit zu rechnen. Dieser wird dann nicht nur durch die weiter sinkenden Zinsen angeregt werden, sondern auch durch steigende Realeinkommen der privaten Haushalte. Gestützt werden die Bauinvestitionen sowohl im Jahr 2025 als auch im Jahr 2026 durch die öffentliche Investitionstätigkeit, vor allem in den Ausbau der Infrastruktur und in die Verteidigung. Alles in allem erwarten wir für das Jahr 2025 einen abermaligen Rückgang der Investitionen, und zwar um 2,9 Prozent (Tab. 3). Im Jahr 2026 werden die Bauinvestitionen voraussichtlich um 2,9 Prozent steigen.

Das Volumen der Auftragseingänge bei den Herstellern von Investitionsgütern dürfte im laufenden Jahr um 5 Prozent abgenommen haben. Im Jahresverlauf hat sich auch hier vor dem Hintergrund der Zinswende bei der EZB die Abnahme deutlich verlangsamt. Angesichts des sich zuletzt wieder eingetrübten Geschäftsklimas erwarten wir die Bodenbildung gleichwohl erst in der zweiten Jahreshälfte 2025. Vor diesem Hintergrund dürften die privaten Investitionen in Ausrüstungen und Sonstige Anlagen in der ersten Jahreshälfte weiter abnehmen. Erst zum Jahresende ist mit einem Wiederanstieg zu rechnen, der sich, getragen von den sinkenden Zinsen und einer aufwärtsgerichteten Konjunktur im Jahr 2026 fortsetzen dürfte. Die öffentlichen Ausrüstungs- und Sonstigen Anlageinvestitionen werden sowohl 2025 und 2026 spürbar ausgeweitet. Für den Jahresdurchschnitt 2025 erwarten wir

einen Rückgang der gesamten Investitionen in Ausrüstungen und Sonstige Anlagen um 1 Prozent. Im Jahr 2026 dürften sie um 1,6 Prozent zulegen.

#### *Private Konsumausgaben steigen wieder*

Die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sind im Jahr 2024 angesichts kräftig steigender Lohneinkommen und einer noch kräftigeren Ausweitung der monetären Sozialleistungen bei gleichzeitig deutlich vermindertem Preisauftrieb um reichlich 1 Prozent gestiegen. Die privaten Konsumausgaben verblieben gleichwohl auf dem Niveau des Vorjahres, stattdessen stieg die Sparquote um einen vollen Prozentpunkt. Die Erhöhung der Sparneigung dürfte zum einen eine Reaktion auf gedämpfte Einkommenserwartungen gewesen sein, zum anderen versuchten die privaten Haushalte damit wohl den deutlichen Verlusten an realem Geldvermögen infolge des überraschenden Zins- und Verbraucherpreisanstieg in den Jahren 2021 und 2022 entgegenzuwirken.

Im Jahr 2025 steigen die Bruttolöhne und -gehälter aufgrund des geringeren Lohnanstiegs und der leicht rückläufigen Beschäftigung deutlich schwächer als im Jahr 2024. Netto bleibt davon weniger übrig, da der Zusatzbeitrag zur Krankenversicherung und der Beitragssatz zur Pflegeversicherung steigen und die steuerfreien Inflationsausgleichsprämien entfallen. Die monetären Sozialleistungen werden profitieren von kräftigen Rentenerhöhungen. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen werden allerdings wie im Vorjahr abnehmen. Alles in allem dürften die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte mit 0,8 Prozent nur noch etwa halb so stark zulegen wie im Jahr 2024. Die Sparquote dürfte angesichts weiterhin geringer Einkommenserwartungen auf dem erhöhten Niveau verbleiben. Daher ziehen die privaten Konsumausgaben in ähnlicher Größenordnung an, wie die Haushaltseinkommen. Im Jahr 2026 profitieren die Bruttolöhne und -gehälter von steigenden Löhnen. Vor allem werden die Gewinneinkommen im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs deutlich ausgeweitet. Infolge der mit dem Rückgang der Zinsen wieder gestiegenen realen Geldvermögen und der Erwartung höherer Einkommenssteigerungen sind die privaten Haushalte bereit, ihre Konsumausgaben mit 2,4 Prozent spürbar stärker steigen zu lassen als ihre Realeinkommen anziehen (1,5 Prozent). Die Sparquote sinkt zurück in die Nähe ihres langjährigen Durchschnittsniveaus von 10½ Prozent.

#### *Ende der Preis-Lohn-Spirale*

Vor dem Hintergrund von rekordniedriger Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel konnten die Arbeitnehmer im abgelaufenen Jahr deutliche Tariflohnsteigerungen durchsetzen. Insgesamt dürften die tariflichen Stundenentgelte dadurch im Jahr 2024 um 6 Prozent gestiegen sein. Effektiv dürften die Stundenlöhne um knapp 5 Prozent zugelegt haben. Nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben und bereinigt um den Anstieg der Verbraucherpreise hatten die Arbeitnehmer je Stunde 2 Prozent mehr – und erreichten damit erstmals wieder das Niveau des Jahres 2020. Gleichzeitig kam die Lohnquote mit einem Wert 72,6 bis auf einen halben Prozentpunkt auf den Stand des Jahres 2020 heran. Die realen Einbußen bei den Nettolöhnen, die mit dem Inflationsschub der vergangenen Jahre einher gingen, sind damit korrigiert und die Einkommensumverteilung zu den Gewinnen rückgängig gemacht.

Für die Jahre 2025 und 2026 wurden in den im laufenden und teilweise bereits im vergangenen Jahr abgeschlossenen Tarifverträgen Lohnsteigerungsraten von 3,5 Prozent bzw. 3 Prozent vereinbart. Vor dem Hintergrund der steigenden Arbeitslosigkeit und der

rezessionsbedingt nachlassenden Arbeitskräfteknappheit dürfte der Anstieg der effektiven Stundenlöhne weiterhin hinter dem der tariflichen zurückbleiben, wenn auch mit konjunkturbedingt geringer werdender Lohndrift; wir erwarten Raten von 2,4 bzw. 2,6 Prozent. Angesichts der stagnierenden Produktivität gehen von der Lohnkostenentwicklung im Jahr 2025 Preisauftriebstendenzen aus. Die Unternehmen werden diese allerdings aufgrund des ungünstigen binnenkonjunkturellen und handelspolitischen Umfelds frühestens 2026 zu realisieren in der Lage sein.

Der gesamtwirtschaftliche Preisauftrieb hat im Verlauf des abgelaufenen Jahres weiter nachgelassen. Im Schlussquartal dürfte der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Erzeugerpreise gemessen am Deflator des Bruttoinlandsprodukts nur noch geringfügig über dem Zielwert der EZB für den mittelfristigen Preisauftrieb von 2 Prozent gelegen haben. Die jüngste Hochinflationsphase ist damit vorüber. Im Jahresdurchschnitt übertraf der Deflator seinen Stand im Jahr 2023 voraussichtlich um 2,9 Prozent. Die Verbraucherpreise waren im Jahresdurchschnitt um 2,6 Prozent höher als im Vorjahr.

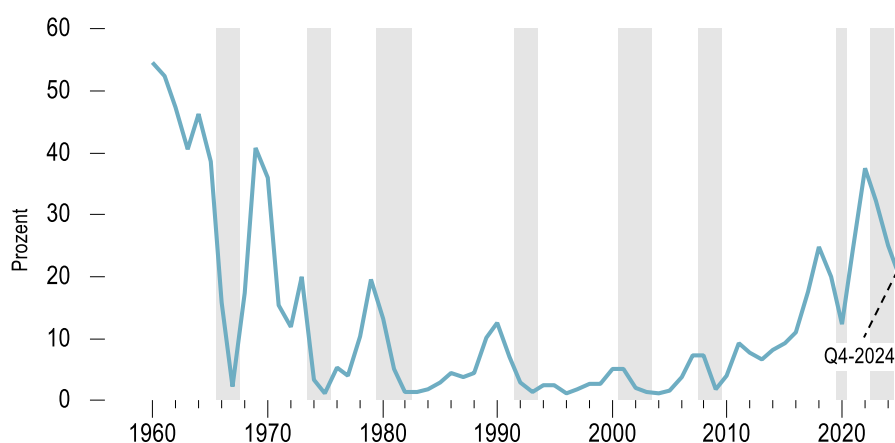
Die Umfragewerte zu den Preiserwartungen der Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe deuten für das Jahr 2025 auf eine weitere Beruhigung des Erzeugerpreisauftriebs hin. In diese Richtung weist auch die weitere Abnahme des Lohnstückkostenanstiegs und ein konjunkturelles Umfeld, dass Preisüberwälzungsspielräume eher geringer werden lässt. Hinzu kommt das angespannte handelspolitische Klima, auf das die neue US-Administration bereits in den vergangenen Wochen eingestimmt hat. Wir erwarten, dass die deutschen Unternehmen auf höhere Zölle in den Vereinigten Staaten und intensivierten Wettbewerb auf anderen internationalen Märkten infolge von Handelsumlenkungseffekten infolge drastisch höherer Zölle auf chinesische Einfuhren in die Vereinigten Staaten mit einer Verteidigung ihrer Marktanteile durch Rücknahme von Preisaufschlägen reagieren werden. Die Exportpreise werden deshalb sowohl 2025 und 2026 trotz der mittlerweile eingetretenen und für den Prognosezeitraum unterstellten Aufwertung des US-Dollars auf 1,03 Euro nur sehr moderat steigen. Die Importpreise steigen allerdings dadurch mit 3,3 Prozent spürbar stärker als in den Vorjahren. In der Folge wird der Anstieg der Verbraucherpreise mit 1,9 Prozent etwas stärker ausfallen als der des allgemeinen Preisauftriebs (1,7 Prozent). Im Jahr 2026 dürfte der Preisauftrieb mit der Aufhellung der Konjunktur wieder etwas stärker anziehen. Wir erwarten bei Erzeugern wie bei Verbrauchern Preisanstiege in Höhe von 2,2 Prozent. Die im Jahr 2022 als Folge der pandemiebedingten Lieferengpässe und dem Energiepreisanstieg im Gefolge des Ukraine-Krieges begonnene Preis-Lohn-Spirale kommt damit nach nur einer Windung an ihr Ende.

#### *Arbeitsnachfrage sinkt rezessionsbedingt, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit steigen*

Den jüngst deutlich revidierten amtlichen Zahlen zur Erwerbstätigkeit zufolge hat der langjährige Beschäftigungsaufschwung im Mai des abgelaufenen Jahres mit 46,15 Mio. Personen seinen bisherigen Höhepunkt erreicht. Gegenüber dem Beginn des Arbeitsmarktbooms im Januar 2006 – dem Zeitpunkt, als die „Hartz-IV“-Reformen der „Agenda 2010“ erstmals wirksam wurden –, waren damit 6,9 Mio. Personen mehr erwerbstätig; die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse erhöhte sich im selben Zeitraum sogar um 8,6 Mio.

Seither ist die Erwerbstätigkeit rückläufig, allerdings nur sehr geringfügig. Zum Jahresende 2024 dürfte sie immer noch oberhalb der Marke von 46 Mio. gelegen haben. Zweifellos sahen sich einige Unternehmen 2024 zu Entlassungen gezwungen. Dies betraf ins-

ABB.4: ARBEITSKRÄFTEMANGEL IM PRODUZIERENDEN GEWERBE 1960-2024



Anmerkungen: Anteil der von Arbeitskräftemangel betroffenen Betriebe im verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe. Wirtschaftsbereiche gewichtet mit ihrem Anteil an der Gesamtbeschäftigung der beiden Bereiche. Rezessionsphasen grau hinterlegt.  
Quelle: ifo Institut; eigene Berechnungen.

besondere solche, die Insolvenz anmelden mussten, was immerhin 25 Prozent mehr Unternehmen betraf als im Jahr 2023; die Zahl der Unternehmensinsolvenzen erhöhte sich in diesem Zuge auf ein Niveau, wie es zuletzt im Jahr 2015 zu beobachten war. Gleichzeitig dürften Arbeitskräfte nach wie vor gehortet werden, was sich in der Abnahme der Arbeitsproduktivität niederschlägt; so wurde im Jahr 2024 je Erwerbstätigen nicht ganz 1 Prozent weniger produziert als im Jahr 2021. Ursache hierfür ist der nach wie bestehende Arbeitskräftemangel. So hat sich der Anteil der Firmen des verarbeitenden Gewerbes und des Bauhauptgewerbes, die Umfragen zufolge Arbeitskräftemangel als Grund für Produktionsbehinderungen angaben, zwar rezessionstypisch verringert, und zwar von 32 Prozent im Jahr 2023 auf 20 Prozent im Schlussquartal 2024 (Abb. 4). Im langjährigen Vergleich ist dieser Wert aber immer noch sehr hoch; seit 1971 waren nicht so viele Unternehmen des produzierenden Gewerbes von einem solchen Arbeitskräftemangel betroffen.

Vor diesem Hintergrund werden sich die Unternehmen im Jahr 2025 nur zögerlich von Arbeitskräften trennen. Dabei werden sie leicht verstärkt auch auf das Instrument der Kurzarbeit zurückgreifen. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte nur geringfügig sinken, die Arbeitsproduktivität weiter stagnieren (Tab 4). Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird im Jahr 2025 wohl um rund 100.000 Personen zunehmen. Die Arbeitslosenquote dürfte von 6,1 auf 6,2 Prozent steigen.

Mit dem Einsetzen des konjunkturellen Aufschwungs, das wir für das Winterhalbjahr 2025/26 erwarten, verbessern sich grundsätzlich auch die Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt. Aufgrund des ausgeprägten Hortens von Arbeitskräften, werden sich die Unternehmen allerdings anfangs mit Neueinstellungen zurückhalten und stattdessen Produktivitätsreserven heben. Aus diesem Grund wird die Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt nochmals geringfügig sinken, während sie im Jahresverlauf zunimmt. Spiegelbildlich dazu werden im Jahresdurchschnitt voraussichtlich 66.000 Personen mehr als 2025 als arbeitslos registriert sein, die Arbeitslosenquote wird auf 6,3 Prozent steigen.

TAB. 4: ARBEITSMARKTBILANZ 2022-2026

Tsd. Personen	2022	2023	2024	2025	2026
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	61211	61437	61340	61217	61241
Erwerbstätige	45675	46011	46104	46012	45988
Beschäftigte	41781	42163	42291	42241	42256
Selbstständige	3894	3848	3813	3771	3732
Arbeitslose	2418	2609	2887	2982	3048
Arbeitslosenquote (%)	5.3	5.7	6.1	6.2	6.3
Erwerbslose	1343	1335	1612	1857	2048
Erwerbslosenquote (%)	2.9	2.8	3.4	3.9	4.3

Anmerkungen: Selbstständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit.

### *Öffentliche Ausgaben stabilisieren Konjunktur – Haushaltsdefizit steigt*

Oben war bereits darauf hingewiesen worden, dass für die Finanzpolitik in dieser Prognose unterstellt ist, dass die neue Bundesregierung die dringend benötigten Instandhaltungs- und Neuinvestitionen in den Bereichen Infrastruktur und Verteidigung vornehmen wird. Die Konsumausgaben und die Investitionen des Staates werden unserer Annahme zufolge trotz der gestiegenen öffentlichen Verschuldung in beiden Jahren real um jeweils 1 Prozent bzw. 3 Prozent steigen. Ohne diese Annahme würden sie sinken und die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 2025 stärker fallen. Dieser Stabilisierungseffekt beträgt 0,8 Prozentpunkte.

Der Preis dafür ist, dass sich die Situation der öffentlichen Haushalte weiter verschlechtert. Das Finanzierungsdefizit des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird, nach 2,7 Prozent im abgelaufenen Jahr, auf 2,9 Prozent im Jahr 2025 und auf 3,0 Prozent im Jahr 2026 steigen (Tab. 5). Angesichts der hohen gesamtwirtschaftlichen Produktionslücke, die sich mit der Rezession ergibt, ist das Haushaltsdefizits konjunktureller Art. Für eine weitere Ausweitung der Renten- und/oder Sozialleistungen oder für Steuererleichterungen einer neuen Bundesregierung dürfte im Rahmen der derzeitigen Regelungen zur verfassungsmäßigen Schuldenbremse gleichwohl kein Spielraum bestehen.

Kiel, den 30. Dezember 2024



TAB. 5: VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNG 2022-2026

	2022	2023	2024	2025	2026
<b>1. Entstehung des Bruttoinlandsproduktes</b>					
<i>Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr</i>					
Erwerbstätige (Inland)	1.4	0.7	0.2	-0.2	-0.1
Arbeitsvolumen	1.2	0.4	-0.2	-0.2	0.0
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	-0.1	-0.4	-0.4	0.0	0.1
Produktivität <sup>1</sup>	0.1	-0.6	0.0	0.0	2.1
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1.4	-0.3	-0.2	-0.2	2.2
<b>2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen</b>					
<i>a) Mrd. Euro</i>					
Konsumausgaben	2944.9	3110.8	3211.0	3294.2	3439.3
Private Haushalte <sup>2</sup>	2075.1	2205.6	2264.5	2327.4	2438.4
Staat	869.8	905.2	946.5	966.8	1001.0
Anlageinvestitionen	858.3	899.9	898.6	890.5	918.7
Ausrüstungen	263.0	275.7	267.0	268.9	277.6
Bauten	450.0	470.7	465.1	453.9	467.8
Sonstige Anlageinvestitionen	148.8	158.0	166.5	167.8	173.0
Vorratsveränderung <sup>3</sup>	52.0	7.2	6.6	47.2	40.0
Inländische Verwendung	3855.1	4017.9	4116.8	4233.1	4399.8
Außenbeitrag	98.7	167.7	184.7	132.0	162.3
Exporte	1810.1	1816.6	1820.4	1830.2	1937.6
Importe	1711.4	1649.0	1635.7	1698.3	1775.4
Bruttoinlandsprodukt	3953.9	4185.6	4301.5	4365.0	4562.1
<i>b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr</i>					
Konsumausgaben	10.7	5.6	3.2	2.6	4.4
Private Haushalte <sup>2</sup>	12.7	6.3	2.7	2.8	4.8
Staat	6.1	4.1	4.6	2.1	3.5
Anlageinvestitionen	10.1	4.9	-0.1	-0.9	3.2
Ausrüstungen	11.1	4.7	-3.2	0.7	3.2
Bauten	10.0	4.3	-1.2	-2.4	3.0
Sonstige Anlageinvestitionen	6.3	6.0	5.2	0.8	3.1
Inländische Verwendung	10.6	4.2	2.5	2.8	3.9
Exporte	15.4	0.4	0.2	0.5	5.9
Importe	24.1	-3.6	-0.8	3.8	4.5
Bruttoinlandsprodukt	7.3	5.7	2.7	1.5	4.4
<b>3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)</b>					
<i>a) Mrd. Euro</i>					
Konsumausgaben	2685.2	2677.0	2694.3	2718.6	2775.0
Private Haushalte <sup>2</sup>	1888.8	1881.9	1882.0	1898.1	1944.6
Staat	796.3	795.2	812.3	820.5	830.4
Anlageinvestitionen	739.7	730.8	715.1	704.0	718.4
Ausrüstungen	241.3	239.3	228.2	226.4	228.6
Bauten	358.5	346.4	332.4	322.7	331.0
Inländische Verwendung	140.8	147.4	151.4	150.3	151.6
Exporte	3456.9	3442.9	3337.2	3350.7	3901.3
Importe	1531.4	1526.8	1519.3	1510.8	1561.7
Bruttoinlandsprodukt	1360.5	1352.0	1355.9	1362.7	1405.8
<i>b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr</i>					
Konsumausgaben	3.9	-0.3	0.6	0.9	2.1
Private Haushalte <sup>2</sup>	5.4	-0.4	0.0	0.9	2.4
Staat	0.1	-0.1	2.1	1.0	1.2
Anlageinvestitionen	-0.2	-1.2	-2.1	-1.6	2.0
Ausrüstungen	4.4	-0.8	-4.7	-0.8	1.0
Bauten	-4.0	-3.4	-4.1	-2.9	2.5
Sonstige Anlageinvestitionen	2.6	4.6	2.7	-0.7	0.9
Inländische Verwendung	2.8	-0.4	-0.4	0.0	1.9
Exporte	3.0	-0.3	-0.5	-0.6	3.3
Importe	6.8	-0.6	0.3	0.5	3.1
Bruttoinlandsprodukt	1.4	-0.3	-0.2	-0.2	2.2



	2022	2023	2024	2025	2026
<b>4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)</b>					
<i>Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr</i>					
Private Konsumausgaben <sup>2</sup>	6.5	6.5	2.6	1.9	2.2
Konsumausgaben des Staates	5.7	4.1	2.3	1.1	2.3
Anlageinvestitionen	10.4	6.1	2.1	0.7	1.1
Ausrüstungen	6.7	5.5	1.5	1.5	2.2
Bauten	14.2	7.9	2.9	0.5	0.5
Exporte	11.3	0.7	0.7	1.1	2.4
Importe	14.9	-3.1	-1.1	3.3	1.3
Bruttoinlandsprodukt	5.9	6.0	2.9	1.7	2.2
<b>5. Einkommensentstehung und -verteilung</b>					
<i>a) Mrd. Euro</i>					
Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>	2725.8	2890.6	2997.4	3069.7	3180.2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	367.3	382.1	402.4	412.3	424.3
Bruttolöhne und -gehälter	1714.3	1841.5	1934.6	1982.1	2039.9
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten (Euro)	41.0	43.7	45.7	46.9	48.3
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	644.2	667.0	660.4	675.3	715.9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	574.3	583.7	568.0	532.3	583.7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3300.1	3474.2	3565.4	3601.9	3763.9
Abschreibungen	797.0	858.0	887.9	920.2	960.8
Bruttonationaleinkommen	4097.1	4332.2	4453.3	4522.1	4724.7
<i>nachrichtlich</i>					
Volkseinkommen	2930.6	3129.0	3220.9	3251.0	3395.1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	848.9	905.4	883.9	856.6	930.9
Arbeitnehmerentgelt	2081.7	2223.6	2337.0	2394.4	2464.2
<i>b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr</i>					
Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>	8.1	6.0	3.7	2.4	3.6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	5.9	4.0	5.3	2.5	2.9
Bruttolöhne und -gehälter	6.1	7.4	5.1	2.5	2.9
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	4.3	6.4	4.7	2.6	2.9
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	15.3	3.5	-1.0	2.3	6.0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	1.1	1.6	-2.7	-6.3	9.7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	6.8	5.3	2.6	1.0	4.5
Abschreibungen	12.1	7.6	3.5	3.6	4.4
Bruttonationaleinkommen	7.8	5.7	2.8	1.5	4.5
<i>nachrichtlich</i>					
Volkseinkommen	5.4	6.8	2.9	0.9	4.4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3.8	6.7	-2.4	-3.1	8.7
Arbeitnehmerentgelt	6.0	6.8	5.1	2.5	2.9
<b>6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte</b>					
<i>a) Mrd. Euro</i>					
Nettolöhne und -gehälter	1174.8	1286.5	1348.3	1371.5	1409.5
Monetäre Sozialleistungen und Sonstige Transfers	569.0	586.6	627.9	659.9	687.9
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	644.2	667.0	660.4	675.3	715.9
Verfügbares Einkommen	2249.6	2404.4	2505.1	2574.3	2671.7
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	62.8	57.7	76.4	78.6	81.5
Konsumausgaben	2075.1	2205.6	2264.5	2327.4	2438.4
Sparen	237.3	256.5	294.0	302.5	291.8
Sparquote (%) <sup>5</sup>	10.3	10.4	11.4	11.4	10.6
<i>b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr</i>					
Nettolöhne und -gehälter	5.7	9.5	4.8	1.7	2.8
Monetäre Sozialleistungen und Sonstige Transfers	5.1	3.0	6.8	5.0	4.2
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	15.3	3.5	-1.0	2.3	6.0
Verfügbares Einkommen	7.9	6.9	4.2	2.8	3.8
Konsumausgaben	12.7	6.3	2.7	2.8	4.8
Sparen	-21.8	8.1	14.6	2.9	-3.5

	2022	2023	2024	2025	2026
<b>7. Einnahmen und Ausgaben des Staates<sup>6</sup></b>					
<i>a) Mrd. Euro</i>					
<i>Einnahmen</i>					
Steuern	960.8	957.6	975.9	989.2	1017.8
Sozialbeiträge	667.1	709.9	759.3	794.5	834.9
Übrige Staatseinnahmen	224.7	250	265.1	282.2	291.6
Insgesamt	1852.6	1917.4	2000.3	2065.9	2144.3
<i>Ausgaben</i>					
Vermögenseinkommen (Zinsen)	27.9	36.6	19.3	27.4	36.9
Subventionen	67.5	84.5	86.9	88.1	91.8
Übrige Transferleistungen	6.8	6.8	6.8	6.9	6.9
Bruttoinvestitionen	111.6	118.5	123.1	125.6	127.3
Insgesamt	1937.5	2025	2117.8	2193	2279
Finanzierungssaldo	-84.9	-107.5	-117.5	-127.1	-134.8
<i>b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr</i>					
<i>Einnahmen</i>					
Steuern	7	-0.3	1.9	1.4	2.9
Sozialbeiträge	5.5	6.4	7.0	4.6	5.1
Übrige Staatseinnahmen	3	10.7	5.9	6.2	3.3
Insgesamt	6	3.5	4.3	3.3	3.8
<i>Ausgaben</i>					
Vermögenseinkommen (Zinsen)	24.9	27.2	-47.1	41.5	34.6
Subventionen	-46.4	22.5	2.8	1.4	4.1
Übrige Transferleistungen	6.2	2.3	6.8	4.5	3.6
Bruttoinvestitionen	5.2	6.1	3.9	2.0	1.4
Insgesamt	3.9	4.5	4.6	3.6	3.9
Finanzierungssaldo in Relation zum BIP	-2.1	-2.6	-2.7	-2.9	-3.0

Anmerkungen: <sup>1</sup>Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. <sup>2</sup>Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. <sup>3</sup>Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. <sup>4</sup>Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. <sup>5</sup>Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). <sup>6</sup>Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

## Impressum

Kiel Economics Research & Forecasting GmbH & CO. KG  
Fraunhoferstr. 13  
Wissenschaftszentrum  
24118 Kiel

Vertreten durch die Geschäftsführung:

Dr. Carsten-Patrick Meier

Kontakt

Telefon: +49-431-530 3496

E-Mail: [carsten-patrick.meier@kiel-economics.de](mailto:carsten-patrick.meier@kiel-economics.de)

Registereintrag:

Eintragung im Handelsregister:

Registergericht: Amtsgericht Kiel

Registernummer: HRA 6670 KI

Steuernummer: 20 281 86659

Die Inhalte dieser Publikation wurden mit größter Sorgfalt erstellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität kann gleichwohl keine Gewähr übernommen werden. Die Publikation unterliegt dem deutschen Urheberrecht. Die Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und jede Art der Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtes bedürfen der Zustimmung von Kiel Economics.